

Burgdorf, 19.05.2021

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie** der Stadt Burgdorf am **03.05.2021** im Veranstaltungszentrum StadtHaus, Sorgenser Str. 31, 31303 Burgdorf

18.WP/A-JuF/028

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:02 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

Anwesend: **Vorsitzende**

Gersemann, Christiane

stellv. Vorsitzende

Birgin, Gurbet

Mitglied/Mitglieder

Hinz, Arne
Meinig, Birgit
Neitzel, Beate
Nijenhof, Rüdiger

Grundmandatar/e

Braun, Jens

Stimmberechtigtes Mitglied

Gundlach, Jan
Scher, Olaf
von Oettingen, Gero

Beratende/s Mitglied/er

Gohla, Horst
Kugel, Michael
Niemann, Jens
Ruhkopf, Susanne
Vasterling, Benjamin
Winnen, Valentin

Gast/Gäste

Müller, Britta
Wieker, Ursula

Verwaltung

Peest, Thomas
Pollehn, Armin
Szramka, Monika

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie am 08.03.2021
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 3.1. Berücksichtigung eines Schulverweigerer-Projektes "Die 2. Chance" im Rahmen des Jugendhilfekostenausgleiches
Vorlage: M 2021 1584
4. Gut ankommen in Niedersachsen – integrative Arbeit des Burgdorfer Mehrgenerationenhauses e.V.
5. Antrag der SPD Fraktion vom 17.03.2021, Projekt "Sprich mit mir!"
Vorlage: A 2021 1549
6. Neubau einer dreigruppigen Kindertagesstätte durch die St. Nikolaus Kirchengemeinde
Vorlage: BV 2020 1201/2
7. Abschluss einer interkommunalen Vereinbarung zum Kostenausgleich bei Besuch einer Kindertageseinrichtung außerhalb der Wohnsitzkommune zwischen den Städten und Gemeinden in der Region Hannover und der Region Hannover
Vorlage: BV 2021 1576
8. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
- 8.1. Anfrage zur aktuellen Lage in unseren Kitas
Vorlage: F 2021 1577
- 8.2. Anfrage "Stadtelternrat für Kindertagesstätten"
Vorlage: F 2021 1578
9. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

./.

1. **Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

Frau Gersemann eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, Frau Müller als Stadtkitabeiratsvorsitzende sowie Frau Wieker vom Burgdorfer Mehrgenerationenhaus, die sich zu TOP 4 eingefunden hat.

Entschuldigt hat sich Herr von Tiling.

Die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

Herr Nijenhof bittet um Vertagung der Anfragen zu TOP 8.1 und 8.2 in die nächste Sitzung, da seine Fraktion sich mit den Antworten der Verwaltung noch nicht habe befassen können.

Die Tagesordnung wird **einstimmig** beschlossen.

2. **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie am 08.03.2021**

Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie vom 08.03.2021 wird **einstimmig** genehmigt.

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

a) Herr Peest teilt hinsichtlich der Kitaplatz-Vergabe mit, dass die Aufnahmebescheide für das nächste Kitajahr 2021/22 in den nächsten Tagen versandt würden. Je nach Rückmeldung gingen im Nachgang noch weitere Aufnahmebescheide heraus, die aber von der Inanspruchnahme der Plätze durch sog. „Flexi-Kinder“ abhängen. Die konkreten Zahlen gingen aus der Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, hervor. Auf Nachfrage von **Herrn Nijenhof** stellt **Herr Peest** klar, dass die geplanten 105 Plätze im Familienzentrum Süd zu den freien Plätzen (siehe Anlage) hinzuzurechnen seien.

Die Vergabe erfolge anhand der laut Satzung vorgesehenen Kriterien. Die Stadt plane derzeit, diese Kriterien zu präzisieren und damit eine klarere Transparenz zu schaffen. Herzstück dieser Präzisierung werde zum einen eine genauere Verfahrensbeschreibung sein, zum anderen die Gewichtung der Kriterien laut Satzung. Die Verwaltung werde das Verfahren mit dem Stadtkitabeirat abstimmen. Die Ausarbeitung der Satzung und eines Punktekatalogs werde nach der Sommerpause in die entsprechenden Gremien gehen.

b) Die Baufortschritte im Familienzentrum Süd betreffen die Estricharbeiten, die jüngst ausgeführt wurden. Der aktualisierte Bauzeitenplan werde im Laufe der nächsten Tage vorgelegt und die Berichterstattung in die regelmäßigen Projektberichte für die Politik aufgenommen.

Frau Gersemann fragt nach, um welchen Zeitraum sich die Fertigstellung des Familienzentrums voraussichtlich konkret verzögern werde.

Antwort über das Protokoll:

Die Antwort der Abteilung für Gebäudewirtschaft zur Fertigstellungsverzögerung wird nachgereicht.

Herr Nijenhof, der in Nachbarschaft des Familienzentrums Süd lebt, lobt die umgehende Planung der Verwaltung und die damit verbundene rasche Umsetzung der Estricharbeiten.

c) Herr Peest berichtet zur Personalsituation in der Kita Otze, dass alle freien Stellen nachbesetzt werden konnten. In Abhängigkeit zu den jeweiligen Einstellungsterminen würden aktuell noch bestehende Vakanzen voraussichtlich mit Zeitarbeitskräften besetzt. In der Weststadt gebe es zwei unbesetzte Stellen, wodurch der Spätdienst weiterhin potentiell eingeschränkt sei. In Ramlingen-Ehlershausen seien alle ausgeschriebenen Stellen nachbesetzt worden. Aufgrund der Teilzeitbeschäftigungswünsche der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sei die Spätbetreuung in der „blauen“ Gruppe am Mittwoch bis auf Weiteres nur eingeschränkt möglich. Die Kommunikation mit der Elternschaft dieser Kita sei vorgenommen worden. Aus der neuen Dienstplangestaltung habe sich eine zu besetzende 19,5-Stunden-Stelle ergeben, die nun ausgeschrieben werde. Die Springerstelle in der „Gartenstraße“ sei vakant.

d) Aufgrund rückläufiger Anmeldezahlen werde im kommenden Kitajahr lediglich eine Hortgruppe in der „Gartenstraße“ betrieben. Perspektivisch müsse die Fortführung des OGS-Hortes überprüft und die entsprechende Betreuung ggfs. auf andere „Beine gestellt“ werden, da eine Stelle in der Hortgruppe bereits seit Mitte 2020 ausgeschrieben sei und der weitere Stelleninhaber Mitte dieses Jahres in Rente gehe.

e) Die Stadt sei hinsichtlich der flächendeckenden Ausstattung der Kitas mit Corona-Selbsttests für Kindergartenkinder im Gespräch mit dem Land/Nds. Städtetag. Das Land habe die Kostenübernahme zugesagt und auch angekündigt, die Beschaffung der Tests zu übernehmen. Mit Blick auf den Zeitrahmen zur Umsetzung werde seitens vieler Kommunen jedoch auf eine dezentrale Beschaffung gedrängt. Diesbezügliche Gespräche liefen bereits und streckten das Verfahren. Aktuell bestehe die Hoffnung, dass das vom Land angebotene Verfahren der gewünschten Zielsetzung Rechnung trage und die Stadt daher keine eigenen Zwischenschritte planen und durchführen müsse.

f) Weiterhin kann **Herr Peest** berichten, dass die Stadt sich auf den Weg begeben, die Einführung einer dritten Kraft im Kindergarten zu prüfen. Hierfür seien die finanziellen Auswirkungen zu konkretisieren und der Politik vorzulegen. Auf Grundlage dieser Datenbasis würden dann weitere Schritte zur Umsetzung erfolgen.

Zusammen mit der Konkretisierung der Zahlen wie auch mit dem Thema Personalgewinnung hänge die Frage der Spätdienstgestaltung. Die Verwaltung habe festgestellt, dass der Spätdienst tatsächlich nicht immer wie auch beantragt in Anspruch genommen würde und dass zudem kein Personal für vakante Stellen, die eine Aufgabenwahrnehmung bis 17 Uhr erforderten, gefunden werden könne. Daher sei die Stadt gezwungen, die Rahmenbedingungen des Spätdienstes zu prüfen. Die Verwaltung erarbeite nun in Ausführung des Ratsbeschlusses vom 22.04.2021 einen Entwurf anhand der Bedarfs- und Personallage sowie entsprechende Lösungsvorschläge. Anschließend werde das Verfahren unter Einbeziehung der Elternschaft und der Politik zu einem Beschlussvorschlag führen.

Frau Gersemann betont, wie stolz die Stadt sein könne, eine dritte Kraft in den Kitas installieren zu können. Dies sei nicht selbstverständlich und sie spreche ihren Dank an alle Mitwirkenden aus. Die Berichterstattung über die Randzeitenbetreuung habe für viele Irritationen gesorgt. Es sei nun Aufgabe der Stadt, hier für mehr Transparenz zu sorgen. Der Rat habe einen Prüfauftrag an die Verwaltung gegeben. Dieser werde sicher einige Zeit in Anspruch nehmen und erst 2022 in die Bewertung durch die Politik gehen. Sie weist darauf hin, dass dritte Kraft und Randzeitenbetreuung in ihren Augen kein „entweder oder“, sondern ein klares „sowohl als auch“ seien. Sorgfalt sei hier wichtiger als Schnelligkeit. Ein entsprechender Antrag der SPD-Fraktion sei gestellt und solle in Kürze im Ausschuss für Jugendhilfe und Familie (gemeinsame Sitzung mit Ortsrat Ramlingen-Ehlershausen) eingebracht werden. Es sei der ausdrückliche Wunsch der Politik, dass der Stadtkitabeirat hieran beteiligt werde. Jedes Kind, das eine Betreuung in Randzeiten benötige, solle diese bedarfsgerechte Betreuung auch erhalten.

Herr Nijenhof teilt diesen Optimismus nicht. Selbst im jetzigen Zustand könne nicht geleistet werden, dass jedes Kind seinen Bedarf erfüllt bekomme. Die Stadt sei letztlich „gezwungen“, eine dauerhafte dritte Kraft zu schaffen, da die Springerstellen zu unattraktiv seien und kein Personal zu finden sei. Randzeitenbetreuung sei bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unbeliebt, daher könne die Politik keine Versprechen geben. Fraglich sei, ob diese Zeiten evtl. durch Kindertagespflegepersonen (KTPP) aufzufangen wären und ob die Bezahlung dann dieselbe sei wie bei einer Ganztagesbetreuung durch die KTPP, um zu verhindern, dass diese hierdurch Einnahmeausfälle erfahren. Zudem würden die Plätze auch für Fehlplätze in der Kitabedarfsplanung benötigt.

Herr Peest bekräftigt, dass die Möglichkeit eines Einsatzes der KTPP vorerst ein angedachtes Modell sei und eine abschließende Prüfung erfolge müsse. Sollte dieses Modell tatsächlich in Betracht kommen, müssten die Rahmenbedingungen für die KTPP selbstverständlich angepasst werden. Man stehe hier aber noch am Anfang der Prüfung.

Herr Nijenhof möchte wissen, ob im Ausschuss zunächst die Randzeitenbetreuung thematisiert werden solle, bevor die Drittkräfte auf den Weg gebracht würden. Dies wird durch **Herrn Peest** verneint. Die dritten Kräfte seien unabhängig von einer Randzeitenbetreuung zu betrachten.

Frau Müller teilt mit, dass das Thema Randzeitenbetreuung durch den Presseartikel für sehr viel Unruhe und Aufruhr in der Elternschaft gesorgt habe. Der Stadtkitabeirat habe Beruhigungsarbeit leisten müssen und in die Elternschaft gegeben, dass das Thema noch in Arbeit sei und eine Beteiligung der Elternschaft erfolgen werde.

Frau Gersemann regt ein gemeinsames Gespräch der Herren Nijenhof und Peest an.

Herr Pollehn unterstützt den Antrag. Die Stadt stehe vor riesigen Herausforderungen. Baulich würden etliche neue Kitaplätze geschaffen, aber das benötigte Personal fehle. Die dritte Kraft sei richtig, um die Qualität und letztlich auch die Quantität zu steigern. Der Prozess sei das Ziel, das es zu verwirklichen gelte.

g) Weiterhin präsentiert er dem Ausschuss die erfreuliche Nachricht, dass die Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt an den Wochenen-

den 08.05./09.05.2021 sowie 15.05./16.05.2021 ein gesondertes Impfangebot im Impfzentrum beim Messegelände Laatzen erhielten. Von den rund 380 aktiven Kameradinnen und Kameraden würden 230 Personen dieses Angebot in Anspruch nehmen. Die Stadtverwaltung unterstütze das Ziel des Landesfeuerwehrverbandes einer schnellen Impfung der Einsatzkräfte. Dies sei ein wichtiges Signal für das ehrenamtliche Engagement und stärke die Kräfte in ihrer Arbeit nachhaltig. Die Impfung helfe dabei, den Weg zu einem normalen Dienst und Ausbildungsbetrieb zu ebnen. Dass nicht alle Kräfte das Angebot wahrnehmen, liege daran, dass einige von ihnen bereits geimpft seien oder bereits anderweitig Termine erhalten hätten.

h) Herr Gohla berichtet, dass die Jugend stärker an der Stadtentwicklung beteiligt werden solle. Derzeit sei ein Padlet in Bearbeitung, um die Meinungen und Wünsche der Jugendlichen zu erforschen.

3.1. Berücksichtigung eines Schulverweigerer-Projektes "Die 2. Chance" im Rahmen des Jugendhilfekostenausgleiches Vorlage: M 2021 1584

Herr Kugel teilt mit, dass die Region Hannover eine Durchführung des Projektes in Burgdorf nicht finanzieren werde. Es gebe jedoch einen Antrag der Burgdorfer SPD, von zwei im Stellenplan enthaltenen Stellen zumindest eine für dieses Projekt zu schaffen.

Frau Gersemann hofft auf Unterstützung. Der Antrag werde voraussichtlich im nächsten Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport am 01.06.2021 behandelt.

4. Gut ankommen in Niedersachsen – integrative Arbeit des Burgdorfer Mehrgenerationenhauses e.V.

Frau Wieker stellt die Projektarbeit anhand einer Präsentation vor. Sie fügt an, dass sich aus der täglichen Arbeit eine Strukturentwicklung ergebe, die eine weitere Fördermittelakquise erfordere. Erst hierdurch könnten weitere Projekte umgesetzt werden. Die Laptops hätten zunächst nur den Nachhilfeschülerinnen und -schülern zur Verfügung gestellt werden können. Daraufhin hätten auch die BUT-berechtigten Schülerinnen und Schüler einen Anspruch erhalten. Inzwischen seien alle sozialhilfeberechtigten Schülerinnen und Schüler mit einem Laptop ausgestattet.

Herr Niemann spricht Frau Wieker und der Arbeit des Burgdorfer Mehrgenerationenhauses e.V. (BMGH) ein großes Lob und ein ebenso großes Dankeschön aus. Die Situation sei durch diese Arbeit in Burgdorf erheblich verbessert worden. Sie stelle alle Mitwirkenden auch weiterhin vor große Herausforderungen. Weitere Hilfen seien durch das Jugendamt der Stadt gegeben (z.B. Hilfe zur Erziehung); hier sei ein stetiger Bedarf vorhanden. Ohne die Arbeit der Ehrenamtlichen des BMGH, des Nachbarschaftstreffs und weiteren Einrichtungen könnten solche Erfolge nicht erzielt werden.

Frau Gersemann dankt Frau Wieker und ihrem Team für die Präsentation sowie für die damit verbundene hervorragende Arbeit.

Herr J. Braun bedankt sich ebenfalls für die Darstellung der Präsentation und bittet darum, diese dem Protokoll anzufügen (Anlage).

**5. Antrag der SPD Fraktion vom 17.03.2021, Projekt "Sprich mit mir!"
Vorlage: A 2021 1549**

Frau Gersemann stellt den Antrag vor. Sie betont, dass Prävention das Gebot der Stunde sei und nicht mit dem erhobenen Zeigefinger gewarnt, sondern für das Thema sensibilisiert werden solle. Ziel sei es, die Medienkompetenz zu fördern. Gemeinsam mit den Frühen Hilfen und dem Familienservicebüro sollen mittels Anschubfinanzierung flankierende Maßnahmen ergriffen und die Nachhaltigkeit des Projektes gesichert werden.

Herr J. Braun merkt kritisch an, dass sich Institutionen wie Diakonie, Kinderschutzbund, DRK, Caritas etc. mit diesem Thema bereits seit sehr langer Zeit beschäftigt und im Internet viele Arbeitsmaterialien und Praxisanleitungen abgerufen werden könnten. Es sei wichtig, nicht alles zulasten der Steuerzahler auf den Staat „abzuschieben“, sondern die Familien in die Eigenverantwortung zu nehmen. Er befürchte eine Steigerung der Folgekosten.

Herr Hinz argumentiert, dass es in diesem Projekt eher darum gehe, Erziehende zu unterstützen und die Finanzierung helfe, den präventiven Gedanken zu streuen. Es sei teurer, wenn in einigen Jahren die Konsequenzen zu tragen seien, als wenn jetzt nichts unternommen würde. Er bitte um Unterstützung des Antrags.

Herr Nijenhof teilt mit, den Antrag nicht zu unterstützen, da er das Ziel verfehle. Der erhobene Zeigefinger sei immer da, wenn ein solches Projekt umgesetzt werde. Es habe bereits ähnliche Aktionen in seiner Zeit als Elternvertreter in der Kita gegeben. Damals habe es eine Veranstaltung zum Thema Medienumgang gegeben. Die Eltern, die man habe ansprechen wollen, seien jedoch nicht erschienen. Ein gezieltes und direktes Ansprechen der betreffenden Eltern durch geschulte und kompetente Erzieherinnen und Erzieher sei daher weitaus sinnvoller. Dies geschehe bereits auch schon in vielen Einrichtungen. Die Kitas müssten daher für einzelne Maßnahmen vor Ort eine Unterstützung erhalten. Er schlage vor, den Antrag in die Fraktionen zu geben und einen zielgenaueren Antrag daraus zu formulieren.

Frau Birgin unterstützt dagegen den Antrag als Ansatz, um das Projekt zu beginnen. Sie bitte um eine jährliche Berichterstattung zur Frage, ob die Ziele erreicht werden konnten.

Frau Ruhkopf hält den Antrag ebenfalls für sehr sinnvoll, da es zunehmend zu Bindungsstörungen bei Kindern komme. Eine Plakataktion in Lehrte habe bereits zu Diskussionen angeregt. Man müsse auch in die Schulen gehen, um diese einzubinden. Prävention sei allemal günstiger als nachträgliche Arbeit.

Frau Birgin bittet um Abstimmung. Bei einer Nein-Stimme wird der Antrag **mehrheitlich** angenommen. Es ergeht folgender empfehlender

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, das Projekt „Sprich mit mir“ als ein nachhaltiges Angebot in Burgdorf zu etablieren. Es gilt, möglichst viele Familien zu erreichen und für das Thema zu sensibilisieren. Einrichtungen, Fachkräfte, Kinderärzte, Volkshochschule, Musikschule etc. sollen zur Unterstützung des Projektes angesprochen und auch Sponsoren geworben werden.

Für das Jahr 2021 wird um eine Anschubfinanzierung für flankierende Maßnahmen (Postkarten, Info-Material für Eltern, Workshop...) in Höhe von 2.000,00 € gebeten. Um das Projekt zu verstetigen und die Nachhaltigkeit zu sichern, bedarf es für die Folgejahre weiterer finanzieller Mittel. Einmal im Jahr wird über den Fortgang des Projektes „Sprich mit mir!“ im Ausschuss für Jugendhilfe und Familie berichtet.

6. Neubau einer dreigruppigen Kindertagesstätte durch die St. Nikolaus Kirchengemeinde
Vorlage: BV 2020 1201/2

Frau Gersemann begrüßt Herrn Kraft und Herrn Weber, die in Abwesenheit von Herrn Dr. Gebbe an der heutigen Sitzung im Zuschauerbereich teilnehmen.

Herr Peest erläutert, dass die Bezeichnung der Vorlage („...dreigruppig...“) für einige etwas irritierend gewesen sei. Dies sei dem Umstand geschuldet, dass es sich um die Fortsetzung der Ursprungsvorlage handele. Zwischenzeitlich hätten sich Konkretisierungen der Planungen auf eine fünfgruppige Einrichtung ergeben.

Frau Gersemann zeigt sich sehr erfreut über die Planungen und bittet um Abstimmung.

Einstimmig ergeht folgender empfehlender

Beschluss:

Das Projekt „Neubau einer Kindertagesstätte durch die St. Nikolaus Kirchengemeinde“ wird unter Berücksichtigung der geänderten Rahmenbedingung fortgeführt, dass die Kirchengemeinde in Eigenregie den Neubau einer Kindertagesstätte mit zwei Krippengruppen und drei Kindergartengruppen realisiert (bis zu 105 Plätze).

Die weiteren in der Vorlage 2020 1201/1 definierten Rahmenbedingungen bleiben unberührt/ gelten entsprechend.

Die Kindertagesstättenbedarfsplanung wird bei nächster Gelegenheit angepasst, notwendige Haushaltsmittel werden in den folgenden Haushalten zur Verfügung gestellt.

7. Abschluss einer interkommunalen Vereinbarung zum Kostenausgleich bei Besuch einer Kindertageseinrichtung außerhalb der Wohnsitzkommune zwischen den Städten und Gemeinden in der Region Hannover und der Region Hannover
Vorlage: BV 2021 1576

Herr Kugel führt kurz in die Thematik „Vereinbarung zwischen den Städten und Gemeinden in der Region Hannover und der Region Hannover“ ein.

Herr Nijenhof bittet darum, einmal jährlich im Ausschuss über das Protokoll zu berichten, wie sich die Zahlen darstellten.

Frau Neitzel möchte wissen, ob die übrigen Kommunen die Vereinbarung schon abgeschlossen hätten und ob es sich nur um Kinder aus der Region handele oder auch Kinder aus Umlandskommunen inbegriffen seien, wie etwa aus Peine oder Celle. Außerdem fragt sie an, ob Zuschüsse vom Land gewährt würden.

Herr Peest gibt an, dass ihm nicht sämtliche Rückmeldungen der regionsangehörigen Kommunen bekannt seien, aber die meisten wohl einer entsprechenden Vereinbarung zustimmen würden. Anderenfalls müsste eine Abrechnung nach den tatsächlich anfallenden Betriebskosten erfolgen, die viel Arbeit bedeute. Bei Beteiligung von Umlandskommunen außerhalb der Region Hannover müsse ein Einzelfall-Vertrag geschlossen werden. Eine Bezuschussung durch das Land sei nicht vorgesehen.

Anmerkung über das Protokoll:

Herr Peest teilt mit, dass 20 der insgesamt 21 Kommunen der entsprechenden Vereinbarung zustimmen würden.

Frau Gersemann bittet um Abstimmung. **Einstimmig** ergeht folgender empfehlender

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die der Vorlage als Entwurf anliegende interkommunale Vereinbarung zum Kostenausgleich bei Besuch einer Kindertageseinrichtung außerhalb der Wohnsitzkommune zwischen den Städten und Gemeinden in der Region Hannover und der Region Hannover abzuschließen.

8. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

./.

**8.1. Anfrage zur aktuellen Lage in unseren Kitas
Vorlage: F 2021 1577**

Der Tagesordnungspunkt wird auf die Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie am 27.09.2021 vertagt.

**8.2. Anfrage "Stadtelternrat für Kindertagesstätten"
Vorlage: F 2021 1578**

Der Tagesordnungspunkt wird auf die Sitzung des Ausschusses für Jugendhilfe und Familie am 27.09.2021 vertagt.

9. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

./.

Einwohnerfragestunde

a) Ein Einwohner fragt bezüglich der Vergabe der Kita-Plätze an, ob auch Absagen verschickt würden.

Herr Peest gibt an, dass derzeitig nur Zusagen versandt würden. Man warte dann die Rückmeldungen ab und sei stetig im mündlichen Austausch mit der Elternschaft. Absagen erfolgten in der Regel nicht, da noch viel „in Bewegung“ sei.

b) Der Einwohner möchte zudem wissen, warum der Internetauftritt der KTHPP bislang nicht umgesetzt sei. Freie Plätze würden somit nicht dargestellt.

Herr Peest bietet hierzu ein Gespräch an.

c) Ein weiterer Einwohner kritisiert, dass die Entscheidungen über die Notbetreuung weiterhin von der Einrichtungsleitung getroffen würden. Anfangs sei dies eine gute Lösung gewesen, doch inzwischen entfremde sich die Elternschaft von der Kita-Leitung. Es sei daher sinnvoller, die Entscheidungen über die Verwaltung laufen zu lassen.

Außerdem merkt er an, dass bei einer Randzeitenbetreuung bis z.B. 15 Uhr einigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein Gehaltsnachteil drohe.

d) Weiterhin bedankt sich der Einwohner sich für die erfreuliche Entwicklung der Personalgewinnung in der Kita Otze bei der Verwaltung.

e) Frau Gersemann kann abschließend mitteilen, dass am Montag, 10.05.2021 der Tag der Kinderbetreuung gefeiert werden könne. Der Ausschuss sende ein herzliches Dankeschön an alle Fachkräfte in den Kindertagesstätten und der Kindertagespflege. Verbunden hiermit lege sie dem Ausschuss den Newsletter des Familienservicebüros ans Herz.

Geschlossen:

Erster Stadtrat

Ausschussvorsitzende

Protokollführerin